

Berliner Tageblatt

Nr. 586

und Handels-Zeitung

Montag, 12. Dezember 1927

Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.

Schluß der Genfer Ratstagung.

Entscheidung in der Westerbalkanfrage.

Direkte deutsch-polnische Verhandlungen in Danzig unter van Hameis Vorsitz. — Der „Salamis“-Streit an das Schiedsgericht zurückverwiesen. — Eine neue Unterredung Chamberlain-Strefemann. (Telegramm unseres Korrespondenten).

Genf, 12. Dezember. In der Schlußsitzung des Rates heute vormittag wurde die Frage des polnischen Munitionslagers auf der Westerbalkan in Danzig geregelt. Es wurde ein Verfahren beschlossen, das hoffentlich dazu führen wird, daß der Rat sich nicht mehr mit dieser Frage zu beschäftigen braucht, die schon hiebei auf der Tagesordnung gestanden hat. Bekanntlich haben die juristischen Sachverständigen, Sir Cecil Hurst und Pilott, ein Gutachten abgegeben, das das von Polen bestrittene Recht der freien Stadt, auf der Westerbalkan ihre Souveränitätsrechte auszuüben, in vollem Umfange bestätigt. Es wird nunmehr an Ort und Stelle zwischen beiden Regierungen unter Mitwirkung des Völkerbundskommissars direkt verhandelt werden, um zur Regelung der von der freien Stadt geforderten Mithaltung ihrer Beamten bei der Durchführung der Sicherheitsmaßnahmen auf der Westerbalkan und der Zollbehandlung des dort auszulandenden politischen Kriegsmaterials zu gelangen. Der Rat hat die folgende, vom Berichtserstatter Villegas vorgelegene Resolution angenommen: 'Nachdem der Rat von dem Bericht Kenntnis genommen hat, der von dem Vertreter Chiles am 8. Dezember 1927 über die Frage der Angelegenheit der Westerbalkan vorgelegt worden ist, beschließt er, die Regierungen der freien Stadt Danzig und Polens aufzufordern, in unmittelbare Verhandlungen über die praktische Regelung der Frage einzutreten, die in den Kapiteln 3, 4 und 6 des Berichts des Vertreters von Chile vom 27. September 1927 erwähnt sind, indem er ihnen empfiehlt, sich von dem getauelten Inhalt des Schriftmaterials einschließlich der Erwägungen leiten zu lassen, die in dem Bericht enthalten sind, das dem Rat in dem vorerwähnten Bericht vom 8. Dezember 1927 vorgelegt wurde. Diese Verhandlungen sollen unter dem Vorsitz des hohen Kommissars des Völkerbundes in Danzig stattfinden, und in Anwendung des durch den Ratsbeschluss vom 11. Juni 1925 festgelegten Verfahrens technische Sachverständige hinzuziehen kann. Wenn diese Verhandlungen nicht vor der nächsten Ratstagung zu einem Ergebnis führen sollten, wird der Berichtserstatter dem Rate Vorschläge für die endgültige Regelung der Angelegenheit unterbreiten.'

Von grundsätzlicher Bedeutung ist dabei, daß der Ratsbeschluss ausdrücklich feststellt, daß diese Verhandlungen im Geiste der in dem juristischen Gutachten niedergelegten Auffassungen geführt werden sollen. Das juristische Gutachten ist für die staatsrechtliche Stellung der freien Stadt insofern bedeutsam, als es die Souveränitätsrechte Danzigs ausdrücklich anerkennt. Präsident Cahm gab der Hoffnung Ausdruck, daß diese Verhandlungen zu einer Verständigung über die im Interesse der Sicherheit von Leben und Gut der Einwohner erforderlichen Maßnahmen führen werden.

Weiter wurde in der heutigen Sitzung die deutsch-griechische Streitfrage über den Panzerkreuzer „Salamis“ behandelt. Im Jahre 1912 hatte Griechenland bekanntlich bei der Vulkan-Werft einen Panzerkreuzer von 25000 Tonnellen bestellt, der Ende 1914 vom Stapel gelassen war. Die griechische Regierung, die bis dahin 48000 Pfund angepagt hatte, setzte im Laufe der Zahlungen nicht fort. Nach dem Kriege wünschte sie aus dem Vertrage auszufahren und erbat vom Vulkan besten Bedingungen hierfür. Auf die Mitteilung der Werft gab sie keine Antwort, sondern rief das gemischte deutsch-griechische Schiedsgericht an. Sie beantragte die Nichtigkeitsklärung des Vertrages und Rückzahlung der angezahlten Summe. Als dieser Prozeß eine für die griechische Regierung ungünstige Wendung nahm, rief sie den Rat an. Sie machte geltend, daß es sich bei der Angelegenheit u. a. um die Auslegung der Artikel 190 und 192 des Versailles-Vertrages handele. Da Deutschland die Herstellung von Kriegsmaterial auf deutschem Boden und dessen Ausfuhr ins Ausland verbietet. Dafür sei das Schiedsgericht nicht zuständig. Sie beantragte, daß der Rat über die Haager Gerichtsform ein Gutachten abgeben möchte. Als die Angelegenheit im September vor dem Rat verhandelt wurde, bekrittelt der Vertreter Deutschlands die Zuständigkeit des Rates. Der Rat vernies die Frage zunächst vor ein Zwispenkomitee, das nunmehr einen Bericht vorgelegt hat. Dieses Gutachten kommt zu dem Schluss, daß der Rat zur Erstattung eines Gutachtens über die Auslegung der Vertragsbestimmungen nur zuständig sei, wenn beide Parteien es beantragen oder das mit der Angelegenheit betraute Gericht den Rat darum erlauge. Der Rat stellte sich auf den Boden dieses Gutachtens. Die Angelegenheit ist damit für den Rat erledigt und die Streitfrage wird von dem deutsch-griechischen Schiedsgericht nunmehr endgültig entschieden werden.

Nach Erledigung einiger unwesentlicher Fragen schloß der Vorsitzende die Ratstagung. Chamberlain ist heute mittags 1 Uhr abgereist. Chamberlain wird heute abend abreisen; aber wird er am Nachmittags noch einmal mit Strefemann zusammenkommen. Die deutsche Delegation reist heute abend um 6 Uhr ab und wird morgen nachmittags in Berlin eintreffen.

Chamberlain ist zufrieden.

Nicht mit der „Formel“, aber mit der Friedensarbeit. (Telegramm unseres Korrespondenten). London, 12. Dezember.

Minister Chamberlain hat englischen Pressevertretern in Genf gestern erklärt, die Beilegung des polnisch-litauischen Streites sei ein guter Beweis für die nützliche Arbeit, die der Völkerbund für den europäischen Frieden leisten könne. Der Völkerbundrat habe diesmal einen „tatsächlichen Kriegszustand“ beseitigen können, der zwar nicht zu einem Kriege führte, aber doch die Herstellung feindlicher Beziehungen hintangehalten habe. Er hoffe, daß die Annahme der Ratsbeschlüsse durch Polen und Litauen der erste Schritt für eine allmähliche Regelung ihrer Schwierigkeiten sei. An und für sich betrachte er die Lösung der polnisch-litauischen Frage nicht als sehr befriedigend, sondern mehr als einen erfreulichen Beweis einer Bereitwilligkeit zur Zusammenarbeit, die jetzt alle europäischen Großmächte besiede. Auf die Frage, ob er in Rußland in diese Großmacht einschließe, antwortete Chamberlain mit Ja. Denn er glaube, daß Witpinow gute Dienste in dieser Angelegenheit geleistet habe. Auf eine weitere Frage sagte Chamberlain, er habe eine freundliche Unterredung mit Witpinow gehabt; doch könne er nicht sagen, daß die Unterhaltung neue Gesichtspunkte der beiden Regierungen zutage gefördert habe. Weitere Unterredungen seien nicht wahrscheinlich, obwohl ihre Möglichkeit nicht ausgeschlossen sei.

Chamberlain kam dann auch auf Italien zu sprechen. Er habe den englischen Botschafter in Rom nur aus Zusammanhangsgründen noch Genf geben. Wenn er lebe, er (Chamberlain) werde nach Schluß der Völkerbundtagung nach Italien reisen um dort möglichst den Weg für eine Zusammenkunft zwischen Litauen und Rußland zu ebnen. Zu weit er selbst nichts von einem derartigen Plan. Was Briand betrifft, so sei er ganz sicher, daß dieser ebenfalls die Ansicht habe, sich jetzt in den Zug nach Italien zu setzen. Im weiteren Verlaufe gab Chamberlain zu, daß das Gerücht zwischen Frankreich und Italien weit genug gegangen sei. Trotzdem dürfe man es nicht zu tragisch nehmen. Er selbst fühle, seitdem er in Genf sei, daß eine gewisse Entspannung zwischen den beiden Mächten eingetreten sei. Sonntag hat Chamberlain mit Briand und dem Botschafter Graham gefrühstückt; dabei wurden, dem „Daily Telegraph“ zufolge, die französisch-italienischen Beziehungen besprochen. Chamberlain habe nachher bemerkt, es bestehe keine Ansicht auf eine unmittelbare Begegnung zwischen Briand und Mussolini.

Auch die englischen Blätter drücken ihre Verriedigung darüber aus, daß es dem Völkerbund gelang, einen polnisch-litauischen Krieg zu verhindern. „Daily Chronicle“ spricht von einem „Triumph des Völkerbundes“, „Daily News“ von einem Sieg des Friedens, während „Times“ den Völkerbundrat für die harmonische Zusammenarbeit seiner Mitglieder einschließlich Deutschlands beglückwünscht. Der Völkerbundrat habe wieder einmal bewiesen, was für große und wirklich wertvolle Dienste er zur Beseitigung der Friedehshindernisse leisten könne. Diese Zustimmung hindert die Presse allerdings nicht, mit aller Offenheit darauf hinzuweisen, daß das eigentliche polnisch-litauische Streitobjekt, nämlich die Wina-Frage, noch nicht aus dem Wege geräumt wurde. Wer dies gehofft habe, sei enttäuscht worden. Man könne also nicht davon sprechen, daß der Rat den polnisch-litauischen Streit wirklich beseitigt hat. Aber, sagen „Daily News“, die Wina-Frage gehört zu den augenblicklich überhaupt unlöslichen Problemen, die nur dann in Ordnung gebracht werden konnten, wenn die Zeit zur Revision des Versailles-Vertrages reif sei. Auch der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ äußert sich zurückhaltend, wobei er wieder die Frage aufruft, ob die Botschafterkonferenz, die Wina-Polen zuschießt, überhaupt berechtigt gewesen sei, über weitere russische Gebiete (zum Unterschied von früher feindlichen Gebieten) zu verhandeln.

2 Paris, 12. Dezember.

Die Bilanz, die hier aus den Genfer Verhandlungen über das polnisch-litauische Kompromiß gezogen wird, geben zwei Stimmen der Presse wieder. Der „Temps“ sagt: 'Der Wille zum Frieden hat in Genf über Eifersucht und Kriegseifer gesiegt. Ein moralischer Fortschritt für ganz Europa ist zu verzeichnen.' Daneben steht 'L'Evening': 'Litauen kann mit Polen nur verbunden oder vereinstet sein, das heißt, daß Kompromiß des Völkerbundes hat nur einen relativen Wert. Die Bombe bleibt geladen, bloß die Zündschnur ist ausgelassen.'

Eine neue Spionageaffäre in Frankreich.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

2 Paris, 12. Dezember. Der Arzt des Gemeinderathshauses in Ajaccio, Dr. Pazzi-bère, ist verhaftet worden, weil er unter dem Mantelstücken der Panzer Garnison bei den Mandanten kommunizierende Proklamationen verteilt haben soll. Bei einer Hausdurchsicht in der Wohnung des Doktors fand angeblich auch Papier gefunden worden, die für die Landesverteidigung wichtig sind. Die Meldungen über diese Angelegenheit lauten vorläufig noch sehr dunkel.

Das Ergebnis von Genf.

Erklärungen Woldemarcs' und Jaleskis. — Eine Besprechung Strefemann-Briand. (Telegramm unseres Korrespondenten). Dr. Willy Ruppel.

Genf, 12. Dezember.

Die Dezembertagung des Völkerbundes trug in mannigfacher Hinsicht außerordentlichen Charakter. Zwei Großprominente empfanden die Notwendigkeit, von den Möglichkeiten zur allseitigen Frühlingnahme Gebrauch zu machen, die hier geboten sind. Litauen und Litauisten: die wichtigsten, mit Abrüstung, Sicherheit und Friedenserhaltung im osteuropäischen Bettepunkt zusammenhängenden Fragen wurden in sozugen ununterbrochenen Besprechungen behandelt. Im Kaisaal fand die erste große öffentliche Auseinandersetzung der Vertreter Litauens und Polens statt, und äußerlich kam das Rubrum einer Nachsitzung des Rates hinzu, nachdem der Sonnabendnachmittag in mühevoller, jedes Wort abwägender Beratung des Textes, des Berichtes und der Resolution vergangen war. In französischen Vätern ist es so dargestellt worden, als habe es in der Geheimkunft von Sonnabend vormittag angeblickt eines förmlichen Ultimatus. Litauens Bedarf, der gewissermaßen seiner Säbel — den er übrigens nebst der Uniform im Gepäck mit sich geführt hat — auf den Tisch warf, mit dem ein Woldemarcs geäußerten Worten: 'Wollen Sie Krieg oder Frieden?' Es kam auf Grund unerbittlicher Auskunft verurteilt werden, daß diese Darstellung falsch ist. Die Sache hat sich vielmehr so zugetragen, daß Beclars seinen Bericht verlas und Johann Woldemarcs gefragt wurde, ob er ihn annehme. Der Vertreter Litauens erklärte, er akzeptiere ihn in seinen Grundzügen, aber er verlange, daß seine Beschwerde wegen der Schulen in dem Bericht genügend berücksichtigt werden soll. Darauf hielt Jaleskis eine kurze Rede, in der er sagte, es komme ihm vor allem darauf an, zu wissen, ob nunmehr zwischen beiden Vätern Kriegs- oder Friedenszustand bestehe. Er vernies das Wort „Frieden“. Strefemann wies nun den Marschall darauf hin, daß in dem Bericht, den Woldemarcs angenommen bereit sei, ja ausdrücklich stehe, daß der Kriegszustand mit der Zugehörigkeit zum Völkerbund unvereinbar sei. Der Vertreter Litauens betonte sodann noch einmal, daß er den Bericht annehme, daß er aber auf der Regelung der Schulfrage bestehen müsse. Nehmt äußerte darauf Jaleskis seine Freude. Er sagte, die Aufhebung des Kriegszustandes sei für ihn die wichtigste Frage; zu den anderen brauche er sich gar nicht zu äußern. Es ist also nichts mit der Behauptung, daß der Marschall mit seinem Nachwort die Sache bei in Schwung bringen müßte. Lieber den Bericht war man sich schon vor seiner Ankunft einig, und das Ergebnis ist ohne seine Einwirkung zustande gekommen.

Das Ergebnis liegt in der Resolution des Rates vor. Der Rat erklärt, wie wiederholt sei, daß ein Kriegszustand zwischen zwei Völkerbundsstaaten mit dem Pakte unvereinbar sei, und nimmt von der feierlichen Erklärung des litauischen Vertreters Kenntnis, daß sein Land sich nicht als in Kriegszustand mit Polen befindlich betrachte, und nimmt ferner Kenntnis von der feierlichen Betätigung Polens, daß es die politische Unabhängigkeit und territoriale Integrität Litauens achten werde. Der Rat empfiehlt beiden Regierungen deshalb, baldige Verhandlungen über die Herstellung von Beziehungen einzuleiten, die zwischen den beiden Nachbarn das gute Gervernehmen sichern, von dem der Frieden abhängt. Der Völkerbund ist zur Mitarbeit mit seinen rathischen Organen bereit. Die Schulbeschwerden Litauens werden nach dem Winderziehungsverfahren des Völkerbundes behandelt. Polen läßt seine Staatsbürger aus Litauen zurückkehren. Die Fragen, über die zwischen beiden Regierungen Meinungsverschiedenheiten bestehen, bleiben durch diese Resolution unberührt.

Die Vertreter beider Parteien haben sich gestern nachmittags vor den Pressevertretern eingehend zu dem Ergebnis geäußert und ihre Auffassung über das, was nunmehr zu geschehen habe, dargelegt. Zunächst empfing Woldemarcs die Journalisten. 'Es ist ein erster Schritt', sagte er und unterricht, daß die Resolution das Wina-Probleme unberührt lasse, das heißt, Litauens Rechtsstandpunkt nicht antaste. Bei allen nunmehr zu lösenden Fragen müsse dies berücksichtigt werden. Wie die Grenzfrage einmal gelöst werde, müsse die Zukunft zeigen. Zunächst gese es einen provisorischen modus vivendi zu finden. Bei der Wiederaufnahme des Eisenbahnenverkehrs solle die Paktfrage und damit der Transit eine Rolle, daß die Bewohner des Wina-gebietes von Litauen als Litauer und von Polen als polnische Staatsangehörige betrachtet werden. Dieses sei ein politischer Streitpunkt, der auf Grund der Resolution ausgeschaltet sei. Fürs erste komme also die Wiederaufnahme des normalen Güterverkehrs in Betracht. Den kleinen Grenzverkehr könne man leicht regeln. In einer Anfrage wurde das Problem des Windaendienstes der Bewohner des Wina-gebietes berührt, die von Litauen bestraft werden, wenn sie in der polnischen Armee dienen. Auch hierüber müsse verhandelt werden. Vor allem ist, wie Woldemarcs betonte,